

Konrad Adenauer

1876 – 5. Januar – 1976

Der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Aus der Regierungserklärung,
20. September 1949

Mit der Konstituierung der Bundesregierung, die am heutigen Tage erfolgt ist, ist auch das Besatzungsstatut in Kraft getreten. Wenn auch die Zuständigkeit des Bundestags und der Bundesregierung durch das Besatzungsstatut beschränkt ist, so darf uns doch diese Entwicklung, dieses Werden des deutschen Kernstaates mit Freude erfüllen.

Der Fortschritt gegenüber den Verhältnissen, die seit 1945 bei uns bestanden, auch gegenüber den Zuständen des nationalsozialistischen Reichs, ist groß. Zwar müssen wir uns immer bewußt sein, daß Deutschland und das deutsche Volk noch nicht frei sind, daß es noch nicht gleichberechtigt neben den anderen Völkern steht, daß es — und das ist besonders schmerzlich — in zwei Teile zerrissen ist. Aber wir erfreuen uns doch einer wenigstens relativen staatlichen Freiheit.

Die Politik des Frankfurter Wirtschaftsrats, die Frage Soziale Marktwirtschaft oder Planwirtschaft hat so stark unsere ganzen Verhältnisse beherrscht, daß eine Abkehr von dem Programm der Mehrheit des Frankfurter Wirtschaftsrats unmöglich war. Die Frage: Planwirtschaft oder Soziale Marktwirtschaft hat im Wahlkampf eine überragende Rolle gespielt. Das deutsche Volk hat sich mit großer Mehrheit gegen die Planwirtschaft ausgesprochen. Eine Koalition zwischen den Parteien, die die Planwirtschaft verworfen, und denjenigen, die sie bejaht haben, würde dem Willen der Mehrheit der Wähler geradezu entgegengerichtet gewesen sein. Der demokratische Gedanke, die Überzeugung von der Notwendigkeit der parlamentarischen Demokratie, hätte in den weitesten Kreisen der Wähler, namentlich auch der Wähler der jüngeren Generation, schwersten Schaden gelitten, wenn eine Regierungsbildung erfolgt wäre, die dem Sinn und dem Ergebnis dieser Wahl nicht entsprochen hätte.

Ich bin der Auffassung, daß die Opposition eine Staatsnotwendigkeit ist, daß sie eine staatspolitische Aufgabe zu erfüllen hat, daß nur dadurch, daß Regierungsmehrheit und

Opposition einander gegenüberstehen, ein wirklicher Fortschritt und eine Gewöhnung an demokratisches Denken zu erzielen ist.

Den Jugendlichen, namentlich denjenigen, denen die Erziehung durch Familie und Schule während der Kriegszeit und der wirren Jahre nach dem Kriege und eine gute Ausbildung gefehlt hat, werden wir zu Hilfe kommen müssen. Wir werden überhaupt versuchen, unsere Pflicht gegenüber der jungen Generation anders zu betrachten, als das früher geschehen ist. Die junge Generation, dessen wollen wir uns immer bewußt bleiben, trägt die Zukunft Deutschlands in ihren Händen. Wenn die Bundesregierung so entschlossen ist, dort, wo es ihr vertretbar erscheint, Vergangenes vergangen sein zu lassen, in der Überzeugung, daß viele für subjektiv nicht schwerwiegende Schuld gebüßt haben, so ist sie andererseits doch unbedingt entschlossen, aus der Vergangenheit die nötigen Lehren gegenüber allen denjenigen zu ziehen, die an der Existenz unseres Staates rütteln, mögen sie nun zum Rechtsradikalismus oder zum Linksradikalismus zu rechnen sein.

Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt

**1. Bundesparteitag der CDU,
20./22. Oktober 1950 in Goslar**

Über Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt zu sprechen, wäre noch vor einem Jahr nicht möglich gewesen; vor zwei Jahren hätte man ein solches Unterfangen als unbegreiflich empfunden. Ich glaube, daß man in diesen vielleicht das Schicksal Europas entscheidenden Monaten um Europas willen darüber sprechen muß. Man ist es dem deutschen Volk und der Welt schuldig, darüber zu sprechen.

Noch drücken uns zwar schwere soziale Sorgen — Wohnungsnot, Lastenausgleich, Kriegsopferversorgung —, noch sind wir weder politisch noch wirtschaftlich frei, wenngleich wir auf dem Wege zur Freiheit sind, noch sind die beiden Teile Deutschlands durch den Eisernen Vorhang getrennt, aber unser Aufbau, unsere innere Konsolidierung, hat doch schon solche Fortschritte gemacht, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten wieder beginnt, sich Gedanken über seine Zukunft zu machen. Das deutsche Volk, das schwer gelitten hat, das schwer arbeitet, fragt sich mit Recht, ob sich seine Arbeit, seine Mühen einmal in einer besseren Zukunft lohnen werden. Es fragt nach dem Zweck, nach der Bedeutung des ganzen Geschehens in Europa und in der Welt.

Es hat Sternstunden der Menschheit gegeben, aber auch Perioden tiefster Sorge und Not; Perioden, in denen die Zukunft in schwere Wolken gehüllt ist, in denen sich das Geschick der Menschheit für Generationen entscheidet, sei es zum Guten, sei es zum Bösen. In einer solchen Zeit leben wir jetzt: in unserer Zeit wird es sich entscheiden, ob Freiheit, Menschenwürde, christlich-abendländisches Denken der Menschheit erhalten bleibt oder ob der Geist der Finsternis und der Sklaverei, ob der anti-christliche Geist für eine lange Zeit seine Geißel über die hilflos am Boden liegende Menschheit schwingen wird. Glauben Sie mir, meine Freunde, Worte sind zu schwach, das wiederzugeben, was den freien Völkern an Schmach, an Leid, an Sklaverei, an Unfreiheit des Körpers und des Geistes droht.

Von den Beschlüssen der New Yorker Außenministerkonferenz ist für die Stellung Deutschlands in der Welt besonders bedeutsam die völkerrechtliche Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland als Vertreterin des gesamten deutschen Volkes. Wir haben uns schon bei der Schaffung des Grundgesetzes als die berufenen Vertreter auch derjenigen Deutschen betrachtet, die der Bundesrepublik Deutschland noch nicht angehören können. Wir werden das mit wenn möglich noch größerer Energie und Entschlossenheit tun. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist unser großes Ziel, das wir niemals aus dem Auge lassen.

Nach meiner Überzeugung haben wir allen Grund zu der Annahme, daß es keinen Krieg geben wird, wenn Sowjet-Rußland eine Macht gegenübergestellt wird, die ihm gewachsen ist. Sowjet-Rußland hat keine Veranlassung, seine Existenz in einem neuen Krieg aufs Spiel zu setzen. Aber wenn man ihm weitere Eroberungen leicht macht, wenn es die Möglichkeit sieht, diese Eroberungen ohne eigenes Risiko zu machen, dann allerdings besteht die große Gefahr, daß sich aus einem von Sowjet-Rußland zunächst als gefahrlos angesehenen Unternehmen ein neuer Weltkrieg entwickelt.

Gerechte Verteilung des Arbeitsertrages

24. März 1946 in Köln

Das Kapital und der dahinterstehende unternehmerische Geist können nicht ohne die Arbeit und die Arbeit kann nicht ohne das Kapital und die schöpferische Initiative des Unternehmens bestehen. Hierin liegt die sittliche Grundlage für eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages.

Unsere Auffassung von der Freiheit und Würde der Einzelperson verbietet eine die wirtschaftliche und die politische Freiheit gefährdende Zusammenballung wirtschaftlicher Macht an einzelnen Stellen, sei es an privaten oder auch an öffentlichen. Daß der Staat, der die politische Macht hat, ein grausamer Arbeitgeber sein kann, hat uns das nationalsozialistische Regime bewiesen. Verstaatlichung der Produktionsmittel ist in unseren Augen deshalb nicht unbedingt und immer mit sozialem Fortschritt gleichzusetzen.

Wer eine Zentralisierung der politischen und der wirtschaftlichen Macht beim Staate oder bei einer Klasse erstrebt, wer demzufolge das Prinzip des Klassenkampfes vertritt, ist ein Feind der Freiheit der Einzelperson, er bereitet zwangsläufig den Weg der Diktatur im Fühlen und Denken seiner Anhänger vor, wenn schließlich auch ein anderer den so vorbereiteten Weg der Diktatur beschreitet. Daß diese Entwicklung zwangsläufig ist, zeigt die Geschichte solcher Staaten, in denen Karl Marx der Messias und seine Lehre das Evangelium ist.

Besondere Bedeutung messen wir dem Neubau des deutschen Gewerkschaftswesens zu. Die Zusammenfassung der Arbeiterschaft in parteipolitisch neutralen Gewerkschaften wird von uns begrüßt, aber auch nur unter der Voraussetzung, daß diese Gewerkschaften wirklich parteipolitisch neutral sind.

Bekennnis zur Sozialen Marktwirtschaft

Regierungserklärung, 20. Oktober 1953

Finanz- und Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, lassen sich in ihren Grundzügen nicht voneinander trennen. Ohne eine gesunde Finanzpolitik, welche die Währung stabil hält, den Sparwillen ermutigt, so zur Kapitalbildung beiträgt und das Vertrauen zur Übernahme wirtschaftlicher Risiken, die mit jeder wirtschaftlichen Bestätigung verbunden sind, schafft, ist ein Gedeihen der Wirtschaft nicht möglich. Umgekehrt ist ohne Gedeihen der Wirtschaft, die für die öffentlichen Kassen die steuerlichen Einnahmen bringt, eine gesunde Finanzpolitik nicht möglich. Beide Bereiche der staatlichen Tätigkeit sind so miteinander auf Gedeih und Verderb verbunden, daß, wenn irgendwo, dann hier enge und verständnisvolle Zusammenarbeit nötig ist. Auf beiden Gebieten waren die entscheidenden Tatsachen die Schaffung der Deutschen Mark im Jahre 1948 und das entschlossene Bekenntnis der Bundesregierung zur Sozialen Marktwirtschaft im Jahre 1949.

Rentenreform — Beweis für eine sinnvolle Sozialpolitik

13. Februar 1957 im Bayerischen Rundfunk

Das neue Gesetz — die Einführung der dynamischen Rentenanpassung — berücksichtigt die Tatsache, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik unlösbar miteinander verbunden sein müssen. So wie eine gute Wirtschaftspolitik die entscheidende Voraussetzung für eine gute Sozialpolitik ist, so schafft umgekehrt eine sinnvolle Sozialpolitik wichtige Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Entfaltung. Wer nach einem Leben voll Arbeit oder aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Arbeitsprozeß ausscheidet, soll auch als Rentner einen gerechten Anteil am Ertrag der Wirtschaft haben, einen Anteil an dem, was er gemeinsam mit den Millionen von Beschäftigten erarbeitet hat. Die vorgesehene Anpassung der laufenden Renten an die weitere Wirtschaftsentwicklung stellt über die erstmalige Festsetzung hinaus sicher, daß der Rentner in lebendiger Verbindung mit der noch tätigen Generation bleibt und vom weiteren wirtschaftlichen Fortschritt nicht ausgeschlossen ist.

Europäische Integration muß elastisch sein

Am 12. Juni 1919 in Köln:

Hier am Rhein, an der alten Völkerstraße, werden während der nächsten Jahrzehnte die deutsche Kultur und die Kulturen der westlichen Demokratien zusammenstoßen. Wenn ihre Versöhnung nicht gelingt, wenn die europäischen Völker nicht lernen, über der berechtigten Wahrung ihrer Eigenart das aller europäischen Kultur Gemeinsame zu erkennen und zu pflegen, wenn es nicht gelingt, durch kulturelle Annäherung die Völker wieder zu einigen, wenn auf diesem Wege nicht einem neuen Krieg unter den europäischen Völkern vorgebeugt wird, dann ist Europas Vormacht in der Welt dauernd verloren.

Am 12. Oktober 1948 in Mönchengladbach:

Die deutsch-französische Frage bleibt eine der Hauptfragen Europas. Die Spannung, die jetzt zwischen Sowjet-Rußland und den Vereinigten Staaten besteht, wird eines Tages so oder so wieder aus der Welt verschwinden, aber Deutschland und Frankreich bleiben Nachbarn, solange diese Länder von Menschen bewohnt sind. An einer wirklichen und dauernden Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich hängt die ganze europäische Zukunft.

Am 25. September 1956 in Brüssel:

Die europäische Integration darf nicht starr sein, sie muß dehnbar und so elastisch sein wie eben möglich. Sie darf kein einschnürender Panzer sein für die europäischen Völker, sie muß vielmehr ihnen und ihrer Entwicklung ein gemeinsamer Halt, eine gemeinsame Stütze für eine gesunde, den berechtigten Eigenheiten eines jeden einzelnen entsprechenden Entwicklung sein.

**Einziges Ziel:
Erhaltung des Friedens**

**Ansprache vor der ersten Einheit der Bundeswehr,
20. Januar 1956 in Andernach**

Einziges Ziel der deutschen Wiederbewaffnung ist es, zur Erhaltung des Friedens beizutragen. Wir werden dieses Ziel erreicht haben, wenn die gemeinsame potentielle Abwehrkraft der Verbündeten zu jedem Zeitpunkt ein zu großes Risiko für jeden möglichen Angreifer bedeutet. In einer solchen militärischen Stärke, die lediglich für unsere Verteidigung ausreicht, kann niemand eine Bedrohung erblicken.

Die wachsamen Bewahrung der Freiheit ist eine gemeinsame Aufgabe aller Staatsbürger. Sie beginnt bereits im persönlichen Bereich und muß unser gesamtes staatliches Leben durchziehen. Denn auch von innen her ist die Freiheit stets durch mancherlei Gegenkräfte bedroht. Moralische und soziale Bemühungen müssen mit dem militärischen Verteidigungsbeitrag Hand in Hand gehen.

**Eine große
christliche Volkspartei**

**14. Bundesparteitag,
21./23. März 1966 in Bonn**

Wir waren im Jahre 1946 vier Tage in Neheim-Hüsten, um ein Programm aufzustellen. Wir haben sehr redlich miteinander gearbeitet und versucht, ein Programm fertigzustellen. Dabei, meine Damen und Herren, haben uns in der Hauptsache zwei Gesichtspunkte gelenkt. Einmal: wir wollten eine große Volkspartei gründen, eine Volkspartei, in die jeder eintreten konnte, gleichgültig, welche Konfession er hatte, gleichgültig auch, welchen Beruf er ausübte. Denn wir wußten, daß Deutschland nur von einer großen Volkspartei wiederaufgebaut werden konnte. Wir wollten die Fehler der Weimarer Republik mit ihrer Vielfalt von Parteien verhüten, der Weimarer Republik, die infolgedessen ständig von einer Krise in die andere geriet. Und, meine Damen und Herren, wir wollten eine christliche Partei gründen. Denn wir alle, die wir damals zusammen waren,

hatten doch miterlebt, wohin ein Volk, wohin eine Partei kommt, wenn sie, wie das der Nationalsozialismus getan hat, die Religion verneint, die ethischen Grundlagen verneint und dem Staat die Allmacht in die Hand gibt. Das wollten wir unter gar keinen Umständen wieder über Deutschland kommen lassen, und es war uns sehr ernst damit. Ich glaube und hoffe, meine Freunde, daß es der CDU und der Christlich Sozialen Union, die mit uns zusammenging, mit diesem Willen auch heute noch so ernst ist, eine große christliche Volkspartei zu sein.

Um das Vaterland verdient gemacht

**Bundestagspräsident Dr. Dr. Eugen Gerstenmaier,
15. Oktober 1963**

Sie, Herr Bundeskanzler, haben in mindestens zweifacher Hinsicht der Nation ein Vorbild gegeben. Sie haben uns vorgelebt, wie man sich selber persönlich engagieren muß in einem freiheitlichen Staat, und wieviel Standhaftigkeit eine große politische Aufgabe verlangt. Sie haben damit zugleich ein großes Beispiel dafür gesetzt, daß der Dienst der Freiheit auch in unserer Zeit ein strenger Dienst ist, und daß die verbürgten Rechte auch ernste Pflichterfüllung verlangen. Eine altmodische Weisheit? Mag sein. Aber ohne sie zu befolgen, kommen wir Deutsche nicht sicher in die Zukunft, auch wenn wir die schönsten politischen Rezepte und lauter großartige Bundeskanzler hätten.

Herr Bundeskanzler, es gibt noch einige andere wesentliche Aspekte der Ära, die Ihren Namen trägt. So gewichtig sie aber auch sein mögen, sie sind zu vielfältig, um sie heute auch nur anzusprechen. Diese Stunde des Abschieds wird für Sie und für uns gemildert, weil Sie heute nicht Abschied von diesem Hause nehmen, sondern von Ihrem Amt. Wenn Sie morgen auf Ihren Abgeordnetensitz zurückkehren, dann hat das Haus seinen Senior, sein an Jahren ältestes Mitglied ganz wieder, und für Sie schließt sich ein großer Ring.

Am 15. September 1949 haben Sie sich hier von Ihrem Abgeordnetensitz erhoben, um den Platz des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland einzunehmen. Heute verlassen Sie ihn wieder mit einer geschichtlichen Leistung, ungebeugt und in Ehren. Damals standen Sie auf und traten vor das Haus. Heute steht der Deutsche Bundestag vor Ihnen auf, Herr Bundeskanzler, um für das deutsche Volk dankbar zu bekunden: Konrad Adenauer hat sich um das Vaterland verdient gemacht.

Sein großes Vermächtnis ist die Einigung Europas

**Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger,
25. April 1967 bei der Trauerfeier**

Als Konrad Adenauer sein Amt übernahm, trat er das schlimmste Erbe an, das jemals ein deutscher Staatsmann zu verwalten hatte. Als er es nach 14 Jahren verließ, war das freie Deutschland wieder ein geachteter Partner freier Völker und ihm vor allen verdankt es dies. Welch ein Glücksfall. Daß nicht jede Zeit ihren großen Mann und nicht jede große Begabung ihre Zeit findet — wer hätte dies mehr zu bedenken als wir Deutsche, die wir die Geschichte unseres Jahrhunderts überblicken!

Kein großer Mann ist so gerecht, weise und stark, wie seine Freunde ihn zu verehren lieben; keiner ist auch so listenreich und ränkevoll, wie seine Gegner ihn sehen. Viele, Freunde wie Gegner, haben Konrad Adenauer zu oberflächlich gedeutet. Auch er war ein Mensch mit seinem Widerspruch, mehr als viele ahnten, die ihm seine grandiose Einfachheit bezeugten. Sein hohes Alter schuf ihm Distanz. Er schien es nicht als eine Last zu empfinden, eher als einen Vorzug, der zur potestas, welche das Grundgesetz ihm gab, sofort auctoritas hinzufügte. Distanz zu den Dingen und Menschen und also Augenmaß; die Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen, das sei, so meinte es Max Weber, die entscheidende psychologische Qualität des Politikers: bei aller Leidenschaft eine starke Bändigung der Seele, die ihn von den bloßen steril aufgeregten Dilettanten unterscheidet.

Unter seiner Regierung gedieh das freie Deutschland wieder zu Ansehen und Wohlstand. Auch diejenigen, die ihm eine Neigung zum patriarchalischen Regiment und seine einsamen Entschlüsse vorwarfen, bezweifelten doch nie seine unerschütterliche demokratische Gesinnung; und wenn die freiheitliche Demokratie wieder tiefe Wurzeln in diesem Lande geschlagen hat, dann hat auch dazu seine Existenz und sein Vorbild entscheidend beigetragen, vielleicht gerade deshalb, weil er war, wie er war, weil er den Deutschen bewies, daß entschlossene politische Führung und Respekt vor der demokratisch-parlamentarischen Ordnung durchaus vereinbar sind.

Die Zukunft seines Volkes beruhte ihm in einer engen Verbindung Deutschlands mit der freien westlichen Welt, in dauernder Versöhnung mit Frankreich und in der Einigung Europas.

Ich werde nie mein letztes Gespräch mit ihm vergessen, auf dem der schwer Erkrankte bestanden hatte, als er mir, schon vom Tode gezeichnet, noch einmal sein großes Erbe ans Herz legte. Fast übermächtig, so mußte ich es empfinden, bewegte ihn in dieser letzten Frist die Sorge um die Zukunft, die Einigung Europas. Er, der so geduldig auszuhalten verstand, wo menschliches Vermögen einen raschen Erfolg nicht erzwingen konnte, jetzt erschien er als ein Mahnender und Drängender. Er wußte, daß sich vieles in der Welt geändert hatte, und daß die deutsche Politik diesen Änderungen Rechnung tragen mußte. Aber von der Richtigkeit seiner großen Ziele blieb er bis zum letzten Augenblick fest überzeugt.

Er hat fast ein Jahrhundert deutscher Geschichte durchlebt: Elend und Glanz des Kaiserreiches, die Weimarer Republik, nach 1933 verfolgt und verfemt, und endlich, nach dem Zweiten Weltkrieg, an sein großes Werk gerufen. Wie sollte er, der so vieles auf seinem Lebensweg zerbrechen sah, den Mut haben vorzusagen, was dauern wird? Aber der Auftrag der Edlen ist es nicht, die Zukunft ängstlich zu befragen, sondern im Reich der Freiheit und Notwendigkeit, in dem wir uns alle bewegen, zu tun, was Einsicht und Pflicht ihnen gebieten, so wie er es selbst ausgesprochen hat:

Ich habe den Wunsch, daß später einmal, wenn die Menschen über den Nebel und Staub dieser Zeit hinwegsehen, von mir gesagt werden kann, daß ich meine Pflicht getan habe.

